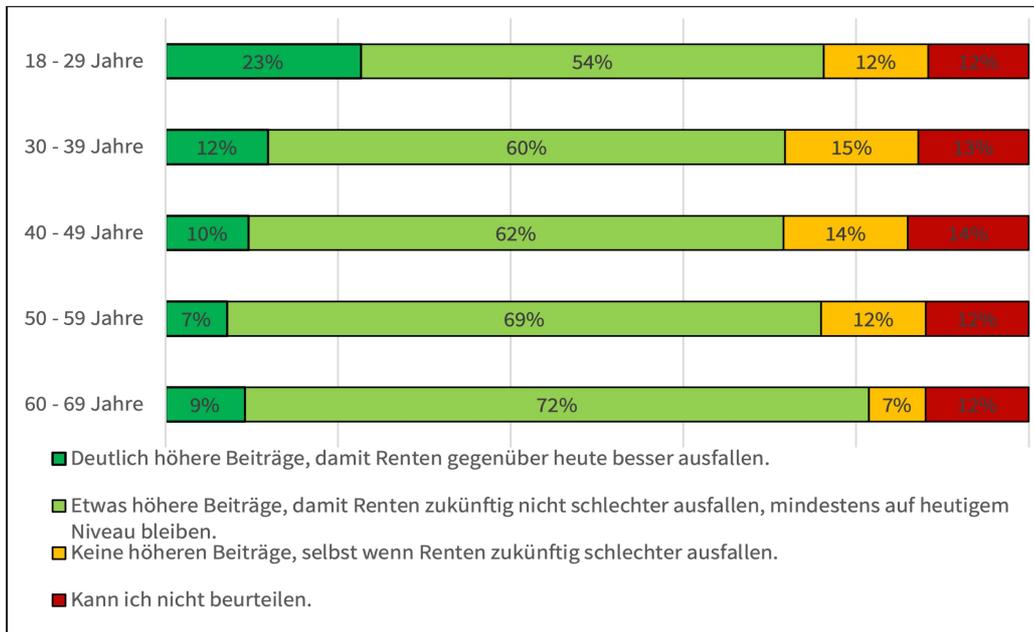


Eine gute Rente gibt es nur mit echter Demokratie!

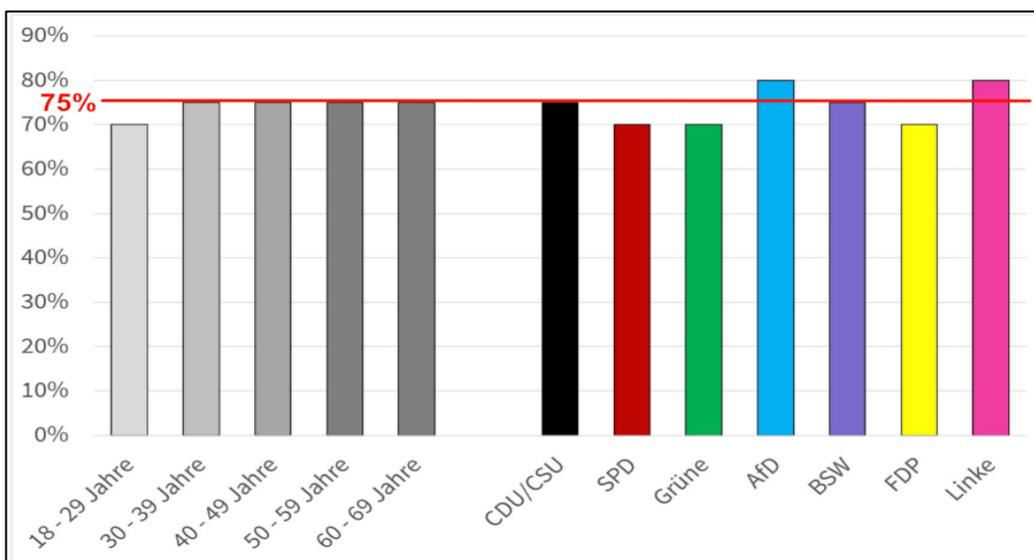
Was wir in Sachen Renten wollen, ist eindeutig. Mit „wir“ sind 70 - 90 % der Bevölkerung über 18 Jahre gemeint. Seit vielen Jahren bringen repräsentative Umfragen stabile Aussagen über unsere Interessen in Sachen Altersversorgung. Hier die letzte Erhebung durch den SozialstaatsRadar 2025:

- Wir wollen einen **sicheren und verbindlichen Sozialstaat** (80 %).
- Wir sagen: **Ja zu höheren Beiträgen für eine gute Absicherung** (75 %).



Grafikquelle: SoRa 1/2025 – SozialstaatsRadar

- Wir wollen eine Rente, die **mindestens 75% der vorherigen Nettoeinkommen** beträgt, sagt im Mittel die Bevölkerung. Oberhalb der Hälfte wird sogar ein höheres Niveau für richtig gehalten.



Grafikquelle: SoRa 1/2025 – SozialstaatsRadar – 75% Linie vom Autor eingezeichnet

- Wir wollen **Altersarmut verhindern, durch Mindestrenten** über der Armutsschwelle -1.327 Euro.
- Wir wollen **eine gemeinsame Rentenversicherung –Erwerbstätigenversicherung-** für alle (80%).

Eine Auswahl von unzähligen weiteren Umfragen: **August 2018** - ZDF Politbarometer: Auf die Frage, wie die Babyboomer-Renten finanziert werden sollten, gibt es folgende Antworten:

- „Mit 82 % stößt die Einbeziehung der Beamten und aller Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung auf die deutlichste Zustimmung, danach folgt mit 72 % Zustimmung eine Anhebung des Zuschusses durch Steuermittel.“

Mehrheitlich **abgelehnt** werden hingegen die Maßnahmen

- „Beiträge erhöhen“ (dafür: 38 Prozent; **dagegen: 56 Prozent**),
- „Renteneintrittsalter erhöhen“ (dafür: 13 Prozent; **dagegen: 84 Prozent**) und
- „Rentenniveau senken“ (dafür: 8 Prozent; **dagegen 86 Prozent**).“

Oktober 2022 und Februar 2023 - Umfragen des Kantar-Instituts:

- „Für 90 % der Befragten sind vor allem Sicherheit und Planbarkeit bei der Altersvorsorge wichtig. Nur 7 % setzen auf mehr Risiko und spekulieren auf höhere Rendite.
- Mehr als drei Viertel (77 %) halten es für sinnvoll, dass auch Freiberufler, Selbstständige und Beamte in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.
- Drei Viertel (74 %) der Menschen halten es für unrealistisch, über das 67. Lebensjahr hinaus zu arbeiten.“
- „Demnach halten 83 % der Befragten den Abstand zwischen Rente und Einkommen für zu groß
- Fast alle Befragten (99 %) halten es für wichtig, dass durch die Alterssicherung Armut vermieden werden kann. Zwei Drittel (66 %) halten das sogar für äußerst wichtig.
- Der Erhalt des persönlichen Lebensstandards im Alter spielt für fast alle Erwerbstätigen eine wichtige bis äußerst wichtige Rolle (96 %).
- Wenn sie sich entscheiden müssten, entweder mehr in die Rentenkasse einzuzahlen oder länger zu arbeiten, würden gut zwei Drittel (68 %) der Befragten höhere Beiträge bevorzugen.

Von diesen klaren Erwartungen wird in den Medien, in Presse, Funk und Fernsehen so gut wie nichts berichtet. Stattdessen lesen, hören und sehen wir in unerträglicher Weise, **was wir nicht wollen**. Hochbezahlte Lobbyisten und angebliche Wissenschaftler erklären für alternativlos: unsere Renten müssten sinken, wir sollten länger arbeiten und wir sollten große Teile unseres Lohns in Kapitalmärkte anlegen – das wäre das einzig vernünftige Rentenkonzept der Zukunft.

Wenn so einseitig über unsere fundamentalen Interessen, zu denen wir uns immer wieder in Meinungsbefragungen eindeutig äußern, geschwiegen wird und Tag für Tag das Gegenteil auf allen Medienkanälen propagiert wird, dann geht Grundsätzliches in die Brüche.

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ Dieser Verfassungsgrundsatz wird zur Makulatur, wenn das Soziale nur noch das Ziel Kostensenkung kennt und die demokratische Willensbildung durch einseitige Propaganda in den Medien verhindert wird.

Was wir nicht sollen, bestimmt der Gesetzgeber. Abgeordnete Politiker sind ihren Wählern und ihrem Gewissen verantwortlich. So steht es im Grundgesetz. Aber interessiert sich die übergroße Zahl der Mandatsträger dafür, was wir wollen? Nein, wir erfahren immer stärker, dass sie uns ignorieren. Sie folgen den angeblichen Experten aus Wissenschaft und Medien, von denen sie nicht gewählt wurden. So verhindern sie, dass unsere Interessen bei der Rente zu sozialen Rechten, dass sie Gesetz werden.

Was wir brauchen, ist Demokratie! Wir brauchen Mittel und Wege, damit unser Wille und Wollen auch Wirklichkeit wird. Alle vier Jahre ein Kreuz auf Wahlzetteln zu machen, reicht erfahrungsgemäß nicht aus. In fundamentalen gesellschaftlichen Fragen müssen wir die Möglichkeit haben, unseren Willen direkt auszudrücken. Über einen gründlichen Meinungs austausch und über direkte Abstimmungen. Die Altersversorgung in diesem Land, wie sie organisiert wird und zu einem menschenwürdigen Lebensabend führt, ist so eine fundamentale gesellschaftliche Frage.

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt“ (Grundgesetz). Wir fordern eine direkte Abstimmung in der Bevölkerung zum zukünftigen Rentensystem! Wir sind sicher, dass sehr viele Menschen, die ihr Wählerkreuz bei unterschiedlichen Parteien gemacht haben, in dieser Frage zu gemeinsamen Willensbekundungen kommen. Das passiert in der **Schweiz** über Volksabstimmungen ständig. Zur Rente zuletzt im März 2024.

Demokratie gibt es nur, wenn wir gut und vollständig informiert werden. Nur so kann es lebendigen Meinungs austausch und gut fundierte Beschlüsse geben. Die Presse nimmt diese wichtige Aufgabe nicht wahr. Sie versagt seit vielen Jahren. Wir fordern: Das muss sich dringend ändern!